APD INFORMATIONEN
DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

SEPTEMBER 2019
36. JAHRGANG

DEUTSCHLAND

Spendenbereitschaft deutscher Adventisten mit 58 Millionen Euro ungebrochen 2
Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten Gastmitglied der ACK Bayern 3
Evangelische Friedensarbeit trauert um Pfarrer Ulrich Finckh 4
Evangelische Friedensarbeit: 80 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkrieges Frieden wieder in Gefahr 6

INTERNATIONAL

Portugal: großes soziales Engagement bei Pfadfindertreffen 8
England: internationales Pfadfindertreffen 9
Oshkosh/USA: Pfadfinder-Camp der Rekorde 10
Kirchen trauern und reagieren auf die Gewalt in den USA 11
USA: Adventistische Loma Linda Universitätsklinik ausgezeichnet 13
USA: Massenerschießungen – Adventisten stellen Care Teams 14
UN-Gedenktag für Opfer religiöser Gewalt 15
Iran verschärft Verfolgung von Menschen, die vom Islam abfallen 17
Adventisten: Resilienz im Zentrum des Aktionstages am 24. August 18

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Australien: Obdachlos für einen guten Zweck 20
Taipehs Krankenhäuser sollen muslimfreundlich werden 21
Verlässliches Ausschiffungssystem für Gerettete gefordert 22
„Zehntenhäuser" für adventistische Selbstversorger im Südpazifik 24
Papua-Neuguinea: Adventistische Freikirche eröffnet „*House of Care*" zum Schutz vor familiärer Gewalt 25
Zum Schulanfang beste Wünsche von ADRA 26
Guatemala: Bettwäsche für öffentliche Krankenhäuser 27
Kolumbien: Venezolanische Migranten erhalten Hilfe für Start-ups 28
Kanada: ADRA unterstützt durch Waldbrände vertriebene einheimische Bevölkerung 29
Kongo: ADRA versorgt unterernährte Kinder im Ebola-Gebiet 30
ADRA bei Seenotrettung mit im Boot 31

KULTUR

Internationale Altaistik-Konferenz in Friedensau 33
Erstmals eine Frau zur Generalsekretärin von „Religions for Peace" gewählt 34
Gemeinsame Zukunft als Ziel der 10. Weltkonferenz „Religions for Peace" 35
Die Bibel im Jahr 2020 erneut weltweit im Fokus 36

MEDIEN

Medienzentren kooperieren bei internationalem Projekt zum Thema „Unsicherheit" 38
REZENSION: Hans Michael Heinig, *Säkularer Staat – viele Religionen* 39

Impressum 42

DEUTSCHLAND

Spendenbereitschaft deutscher Adventisten mit 58 Millionen Euro ungebrochen

Symbolbild
© Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio

Ostfildern bei Stuttgart/APD Über 58 Millionen Euro spendeten die 34.792 deutschen Siebenten-Tags-Adventisten im Jahr 2018 für den Unterhalt ihrer Freikirche. Um knapp 2 Millionen Euro hat sich das Spendenaufkommen gegenüber dem Vorjahr erhöht. Jeder Adventist in Deutschland gab durchschnittlich 1.690 Euro.

„2018 war in finanzieller Hinsicht ein sehr segensreiches Jahr“, kommentierte der Finanzvorstand der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Dieter Neef, das vorgelegte Zahlenwerk. Er wies darauf hin, dass die Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik unterschiedlich verteilt sei, wie das Spendenverhalten zeige: während 19.200 Adventisten in Nord- und Ostdeutschland durchschnittlich 1.426 Euro pro Mitglied gaben, waren es in Süddeutschland bei 15.592 Mitgliedern 1.856 Euro pro Adventist.

Die Spenden für die Außenmission in Höhe von 2,8 Millionen Euro sind gegenüber dem Vorjahr etwas rückläufig, wogegen die Haushaltsbeiträge für die lokalen Kirchengemeinden mit insgesamt 11,4 Millionen Euro um knapp 2 Millionen Euro gestiegen sind. Die Adventisten erheben keine Kirchensteuer, sondern unterhalten ihre Pastoren und Institutionen durch freiwillige Gaben, zu denen auch der biblische „Zehnte“ gehört. Die Zehntensteigerung betrug in Nord- und Ostdeutschland 3,8 Prozent, in Süddeutschland sogar 5,8 Prozent. Viele Mitglieder geben neben zehn Prozent ihres Einkommens weitere Spenden für besondere Projekte.

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten Gastmitglied der ACK Bayern

Logo der ACK Bayern
© ACK Bayern

München/APD Nach dem erfolgreichen Abschluss des Zustimmungs-verfahrens durch die Kirchenleitungen der Mitgliedskirchen wird die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten (STA) in Bayern als Gastmitglied in die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Bayern aufgenommen. Die Freikirche hatte um Aufnahme in die ACK Bayern als Gastmitglied gebeten.

Zustimmung aller ACK-Mitgliedskirchen
Der Vorstand und der Ständige Ausschuss der ACK Bayern hätten mehrfach und ausführlich über den Antrag auf Gastmitgliedschaft beraten, so der Geschäftsführer der ACK Bayern, der griechisch-orthodoxe Theologe Georgios Vlantis. In der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 13. Oktober 2018 sei einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen worden, den Kirchenleitungen die Zustimmung zu dem Aufnahmeantrag der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern als Gastmitglied zu empfehlen. Der Beschlussfassung wären Gespräche des Vorstandes und des Ständigen Ausschusses mit der Leitung der Freikirche vorausgegangen. Für die Aufnahme eines Gastmitglieds in die ACK Bayern ist die Zustimmung aller Mitgliedskirchen nötig. Die Kirchenleitungen der ACK-Mitgliedskirchen hätten einstimmig der Gastmitgliedschaft der Siebenten-Tags-Adventisten zugestimmt. Der Prozess sei Ende Juli abgeschlossen worden.

Kontakt und Austausch mit unseren „Nachbarn“
Prälat Dr. Bertram Meier, Vorsitzender der ACK Bayern, freue sich über das neue Gastmitglied: „Ich heiße die Adventisten ganz herzlich in unserem Kreis willkommen. Das Vertrauen zueinander ist in letzter Zeit stetig gewachsen, so dass alle Mitgliedskirchen der ACK Bayern der künftigen noch engeren Zusammenarbeit mit den Adventisten gespannt und freudig entgegenschauen.“

Der Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern, Pastor Wolfgang Dorn, äußerte: „Als Adventisten in Bayern freuen wir uns darüber, als Gastmitglied in der ACK Bayern mitwirken zu können. Damit wird ein Beschluss der Adventgemeinden in Bayern von 2013 umgesetzt. Entsprechend dem Verständnis unserer Weltkirche teilen wir das Anliegen mit allen Kirchen durch einen konstruktiven Dialog zum gegenseitigen Verständnis beizutragen. Dies geschieht durch das Gespräch über Fragen des Glaubensverständnisses, Gottesdienst und des geistlichen Lebens. Außerdem ist es uns auch ein Anliegen, in einem säkularisierten Umfeld die christliche Botschaft und den Glauben an Jesus Christus weiterzugeben. Auf diesem

Weg sind wir als Freikirche nicht alleine unterwegs und suchen den bewussten Kontakt und Austausch mit unseren ‚Nachbarn', das heißt den anderen christlichen Kirchen in Bayern."

ACK Bayern und bayerische Adventisten
Die ACK Bayern hat jetzt 19 Mitgliedskirchen, drei Gastmitglieder und vier mitwirkende Organisationen. Die Delegierten der Gastmitglieder haben beratende Stimme. Weitere Informationen: https://www.ack-bayern.de/

Zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gehören in Bayern 70 Kirchengemeinden und rund 4.500 mündig getaufte Mitglieder. Die Freikirche ist in dem Bundesland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Informationen: https://bayern.adventisten.de/

Seit 1993 Gastmitglied in der ACK Deutschland
Bereits seit 1993 ist die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland Gastmitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland. In den folgenden regionalen ACKs hat die Freikirche ebenfalls einen Gaststatus: Ökumenischer Rat Berlin, beziehungsweise Ökumenischer Rat Berlin-Brandenburg (seit 1971), ACK Hamburg (1990), ACK Bremen (1992), ACK in Sachsen (1992), ACK in Mecklenburg-Vorpommern (1993), ACK in Sachsen-Anhalt (1993), ACK in Schleswig-Holstein (1993), ACK in Thüringen (1995), ACK in Nordrhein-Westfalen (2003) und ACK in Niedersachsen (2007). In der ACK in Baden-Württemberg hat die Freikirche seit 1992 einen Beobachterstatus. Nicht vertreten sind die Adventisten bisher in den ACKs in Hessen und Rheinhessen sowie in der Region Südwest (Rheinland-Pfalz und Saarland).

Evangelische Friedensarbeit trauert um Pfarrer Ulrich Finckh

Symbolbild
© Grafik: OpenClipart-Vectors/pixabay

Bonn/APD Die evangelische Friedensarbeit trauert um den Bremer Pfarrer Ulrich Finckh, der im Alter von 91 Jahren verstorben ist. „Der überzeugte Pazifist gehörte seit Jahrzehnten zu den oft auch unbequemen Motoren der kirchlichen Friedensarbeit. Unermüdlich setzte er sich immer wieder für den Frieden und die Ächtung des Krieges sowie für eine gewaltfreie Welt ein, auch in Zeiten, in denen dazu Mut gehörte", würdigte der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, den Verstorbenen. Im Zweiten Weltkrieg habe er hautnah als Soldat die Schrecken des Krieges erlebt. „Dies hat ihn sein Leben lang geprägt", so Brahms.

„Ulrich Finckh hat sich über Jahrzehnte hinweg mit Nachdruck, Beharrlichkeit und großem Engagement für ein Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung eingesetzt“, betonte Detlev Besier von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK). Er war viele Jahre ehrenamtlicher Geschäftsführer der EAK und habe deren Arbeit geprägt. Dabei sei es ihm stets wichtig gewesen, dass Menschen, die aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe verweigerten, eine öffentliche Anerkennung für ihre Entscheidung erhielten, stellte Besier fest, der auch Friedensbeauftragter der Protestantischen Kirche der Pfalz ist.

Ein unbequemer, wichtiger Mahner

Gerade in einer Zeit, in der Kriegsdienstverweigerer in der Gesellschaft stigmatisiert worden seien, habe sich Pfarrer Ulrich Finckh, der bis 2003 Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen war, mit Fachwissen und unermüdlichem Einsatz für deren Rechte eingesetzt. „Ulrich Finckh stand den Betroffenen in Prüfungsverfahren zur Seite, er stritt aber auch beharrlich gegenüber den politischen Verantwortlichen für deren Rechte“, so Detlev Besier.

Die evangelische Friedensarbeit habe Ulrich Finckh viel zu verdanken, betonte Renke Brahms. „Er war ein unbequemer, aber wichtiger Mahner für eine friedliche Welt. Seine Stimme wird fehlen“, so der EKD-Friedensbeauftragte, der im Trauergottesdienst für Ulrich Finckh auch die Predigt hielt.

Soldat, Pfarrer, Pazifist

Ulrich Finckh wurde am 4. September 1927 in Heilbronn geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg, den er als Soldat miterlebte, studierte er in Marburg, Mainz und Göttingen evangelische Theologie und wurde zunächst Pfarrer in Mettenheim (Rheinhessen), ab 1962 Studentenpfarrer in Hamburg, bevor er 1970 in Horn in Bremen Gemeindepfarrer wurde und dies bis zu seinem Ruhestand 1991 blieb. Er war 1971 bis 2012 Mitglied im Vorstand des Sozialen Friedensdienstes Bremen, von 1971 bis 2003 Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, von 1974 bis 2004 Mitglied des Beirates für den Zivildienst und Mitbegründer der Gustav-Heinemann-Initiative. Finckh war auch lange Jahre ehrenamtlicher Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK). Er starb am 25. Juli in Bremen. Seine Autobiografie „Pimpf, Pfarrer, Pazifist. Ein kritischer Rückblick (1927-2017)“ erschien 2018 als Band 42 der Schriftenreihe „Geschichte & Frieden“ im Donat-Verlag, Bremen.

EAK

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist innerhalb der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für diejenigen, die in den evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit zuständig sind. Sprecher im Bundesvorstand der EAK sind Wolfgang Buff, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) sowie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW), und Lutz Krügener, Friedensbeauftragter der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover. Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) wird im EAK-Vorstand und in der Mitgliederversammlung von Dr. Horst Sebastian vertreten, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung und Frieden der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Weitere Informationen: www.eak-online.de

Evangelische Friedensarbeit: 80 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkrieges Frieden wieder in Gefahr

Der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahms.
© Foto: Matthias Ulrichs/Bremische Evangelische Kirche

Bonn/Hannover/APD 80 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs hat die Evangelische Friedensarbeit vor einer neuen Kriegsgefahr gewarnt und betont, dass der 1. September 1939 bis heute eine Mahnung für Versöhnung, Frieden und Gerechtigkeit sei. „Durch unser Land ist vor 80 Jahren unendlich viel Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Darum stehen wir Deutsche in einer besonderen Verantwortung, unsere Stimme zu erheben, wenn übersteigerter Nationalismus, Menschenverachtung und Rassismus wieder laut werden, wenn durch Militarismus, Rüstung und Rüstungsexporte die Kriegsgefahr wächst", heißt es in einem Aufruf der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen.

Der Frieden wieder in Gefahr

„80 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs ist der Frieden wieder in Gefahr", mahnt Renke Brahms, der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Derzeit gebe es zahlreiche gewaltsam ausgetragene Konflikte und Kriege. Menschen würden aus Furcht vor Gewalt und Verfolgung ihre Heimat verlassen und Rüstungsexporte dazu beitragen, dass Konflikte nicht friedlich gelöst werden könnten, kritisiert auch Lutz Krügener, einer der Sprecher der EAK und Friedensbeauftragter der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover. „Deutschland ist eine der größten Rüstungsexportnationen und hat an dieser Entwicklung einen wesentlichen Anteil", so Krügener.

Mehr finanzielle Mittel für zivile Konfliktbearbeitung

Eine deutsche Verantwortung für den Frieden in der Welt sollte nach Ansicht der Evangelischen Friedensarbeit aber eher darin bestehen, sich für Versöhnung und Gerechtigkeit einzusetzen, betont Renke Brahms. „Dazu gehört, dass finanzielle Mittel für eine zivile Konfliktbearbeitung auszubauen und die Friedens- und Freiwilligendienste national wie international stärker zu unterstützen sind." Ebenso gelte es, den Klimaschutz massiv auszubauen, um eine weitere Ursache für Krieg und Flucht einzugrenzen.

Eine atomwaffenfreie Welt

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg verlange auch die Forderung nach einer atomwaffenfreien Welt, betont die Evangelische Friedensarbeit. „Der Zweite Weltkrieg endete durch den Abwurf zweier Atombomben auf Japan, die Hundertausenden den Tod brachten, mit Folgen bis heute für die Opfer. 80 Jahre später wollen die Atommächte ihre Arsenale modernisieren und aufrüsten, gleichzeitig werden Abrüstungsverträge gekündigt. Damit steigt die Gefahr eines nuklearen Konflikts. Dem muss sich entgegengestellt werden“, so der EKD-Friedensbeauftragte.

„Die Opfer des Zweiten Weltkriegs sind auch 80 Jahre nach dessen Beginn eine laute und andauernde Mahnung für den Frieden“, stellte Renke Brahms fest. Direkt nach dem Krieg hätten die Kirchen der Welt betont, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein solle. „Dem sind Christinnen und Christen bis heute verpflichtet.“

Der Wortlaut des EAK-Aufrufs findet sich unter:
https://static.evangelisch.de/get/?daid=y82zK2PrZ9qUs9ypa_mCjbHI00237231&dfid=download

EAK

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist innerhalb der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für diejenigen, die in den evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit zuständig sind. Sprecher im Bundesvorstand der EAK sind Wolfgang Buff, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) sowie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW), und Lutz Krügener, Friedensbeauftragter der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover. Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) wird im EAK-Vorstand und in der Mitgliederversammlung von Dr. Horst Sebastian vertreten, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung und Frieden der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Weitere Informationen: www.eak-online.de

INTERNATIONAL

Portugal: großes soziales Engagement bei Pfadfindertreffen

Notfallbehälter für Einsätze bei Naturkatastrophen
© Foto: Randy Terry/NAD News

Portugal/USA/APD Während der internationalen Pfadfindertreffen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in diesem Jahr zeigten die Jugendlichen großes Engagement für die vorgeschlagenen Hilfsprojekte. In Portugal sammelten sie „Talente“ und ermöglichten so Kindern in São Tomé Nahrungsmittel und Schulbesuch für ein ganzes Jahr.

„Talente“ in Portugal
Die Idee in Portugal war einfach und wirkungsvoll: Pfadfinder waren eingeladen, an Themenworkshops teilzunehmen, in denen sie neben dem Erlernen von Fertigkeiten auch einige kleine Perlen, die sogenannten „Talente“ und eine sehr wertvolle „Josua-Karte“ (im Wert von je 50 Talenten) erwarben. Diese Talente konnten sie im eigens dazu organisierten Lagerleben (ein spezielles Programm, bei dem Pfadfinder Essen oder Aktivitäten kaufen konnten) ausgeben. Es gab aber auch eine andere Möglichkeit. Die fast 4.000 Pfadfinder wurden über das Hilfsprojekt der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA zur Unterstützung von 30 Kindern in São Tomé informiert, so dass ihre Spenden (in Form der „Talente“ und „Karten“) dazu beitragen würden, die bedürftigen Kinder ein ganzes Jahr lang zu ernähren und zur Schule zu schicken. Sponsoren würden diese Spenden dann in reales Geld umwandeln.

Das Ziel der Pfadfinder waren 10.000 Talente oder 200 Karten. Voller Überraschung kündigte Pastor Jonatan Tejel am letzten Morgen die erstaunliche Anzahl von 76.951 Talenten an, die von den Pfadfindern gesammelt wurden; fast das Achtfache des ursprünglichen Ziels. "Es gibt Hoffnung für die Zukunft", so João Martins, Exekutivdirektor von ADRA Europa. "Wenn wir das uneigennützige Verhalten all‘ dieser Pfadfinder sehen, können wir sicher sein, dass Sensibilität für die Bedürfnisse anderer Menschen eine ihrer Charaktereigenschaften ist."

England: internationales Pfadfindertreffen

Gruppenfoto der ca. 4.000 adventistischen Pfadfinderinnen und Pfadfinder beim Camporée 2019 in Ardingly, West Sussex/England
© Foto: Victor Hulbert/TED News

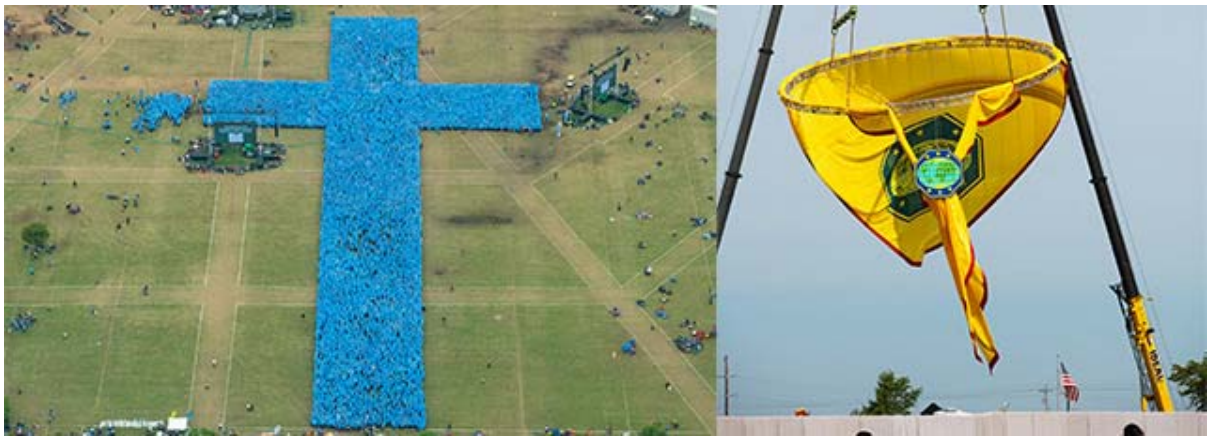
England/APD Vom 30. Juli bis 4. August waren rund 4.000 adventistische Pfadfinder und Pfadfinderinnen, deren Leiter, Betreuer und Helferinnen auf dem Ardingly Showground in Sussex, einem der größten Campingplätze in Südengland. Die Thematik lautete in Südengland „Der Auszug“ (Exodus). Mit Anspielen und Videosequenzen untermauerten die jeweiligen Hauptredner das der Bibel zugrundeliegende Lagerthema bei den geistlichen Zusammenkünften.

Camporées haben adventistische Pfadfindertradition
Camporées entsprechen den Jamborees des Weltpfadfinderverbandes. In Deutschland haben Zeltlager der adventistischen Pfadfinder eine lange Tradition. 1957 wurde die erste „Jungfreundefreizeit“ in Freudenstadt durchgeführt. Später nannten sie sich die „Christlichen Pfadfinder der Adventjugend (CPA)“, die Pfadfinderorganisation innerhalb der Jugendabteilung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Nach eigenen Angaben sind etwa 2,6 Millionen Pfadfinderinnen und Pfadfinder in über 90.000 lokalen Gruppen zusammengeschlossen. Deutschlandweit sind etwa 3.500 CPA’s in 180 Gruppen aktiv. Sie sind in den meisten Fällen an lokale Kirchengemeinden angebunden.

1977 nahmen die deutschen adventistischen Pfadfinder und Pfadfinderinnen am ersten internationalen Camporée der teilkontinentalen Kirchenleitung für West- und Südeuropa (Euro-Africa-Division/EUD) in Malcesine/Italien teil. Heute finden zu den Feiertagswochenenden wie Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten regelmäßig solche Freizeiten und Zeltlager in den Bundesländern statt. Manche Bundesländer führen gemeinsame Treffen durch. Ein Pfadfinderlager mit deutschlandweitem Charakter ist das Osterlager Friedensau (OLaF) auf dem großen Zeltplatz beim Hochschulgelände Friedensau/Sachsen-Anhalt.

Mega Pfadfindertreffen
Im Januar dieses Jahres fanden auf dem südamerikanischen Kontinent in Barretos, nördlich von São Paulo/Brasilien, zwei aufeinanderfolgende Camporées mit jeweils über 50.000 Teilnehmern statt. Das alle fünf Jahre stattfindende Ereignis brachte Jugendliche aus den acht Ländern Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru und Uruguay zusammen.

Oshkosh/USA: Pfadfinder-Camp der Rekorde



Guinness Buch der Weltrekorde mit 13.309 Personen von Menschen dargestelltes Kreuz erreicht (li.) und überdimensionales Halstuch mit Knoten
© Fotos: Bokovoy Fotografia - Oshkosh/USA

Vom 12. Bis 17. August nahmen über 50.000 Pfadfinderinnen und Pfadfinder beim internationalen Camporée in Oshkosh, Wisconsin/USA teil. Unter dem Motto: „Chosen" (Erwählt) ging es um die biblische Figur des David. Wie bei allen solchen Lagern konnten die Pfadfinderinnen und Pfadfinder Gradabzeichen erwerben, handwerkliche Fähigkeiten erlernen und einsetzen, Anstecknadeln austauschen, Freundschaften schließen und erneuern, ihren Glauben stärken und beeindruckende Ereignisse erleben. Das internationale Camporée in Oshkosh ist das Mega-Event der weltweiten adventistischen Pfadfinderbewegung. Die deutsche Delegation in Oshkosh in diesem Jahr umfasste 50 Teilnehmer.

Rekorde
Am Ende des weltweiten Treffens mit haben sich 13.309 Personen zusammengestellt und das größte jemals in dieser Art gestaltete Kreuz geformt. Unterstützt wurde der Rekordversuch von der Vereinigung adventistischer Lagerprofis (Association of Adventist Camp Professionals).

Ein weiterer Rekord war ein Halstuch aus über 91 Meter Stoff (300 feet) mit einem Gewicht von fast 2 Tonnen (4.000 US pounds). Über 300 freiwillige Helfer hatten 2.252.544 Nähte verarbeitet. Die Pastorenabteilung (Ministerial Department) der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (NAD) trat hier als Sponsor auf. Beide Aktionen wurden erfolgreich im Guinness Buch der Weltrekorde eingetragen.

Glaubenstaufen
Während der fünf Camporéetage seien auch 1.311 Pfadfinder durch Untertauchen nach biblischem Vorbild getauft worden und hätten sich so der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten angeschlossen, berichtete Ronald H. Whitehead, Direktor des Zentrums für Jugendevangelisation (Center for Youth Evangelism CYE) an der Andrews Universität, Michigan/USA. Allen Getauften wurde eine Taufurkunde, ein Handtuch (wurde bei der Taufhandlung gebraucht), eine Bibel und eine Anstecknadel als Erinnerung an dieses Ereignis überreicht.

Über 61.000 € an Spendenaufkommen
Beim Gottesdienst am Samstagmorgen spendeten die Pfadfinder den Gesamtbetrag von 68.5333 US$ (61.440 Euro). Die größte Onlinespende betrug 4.900 US$ (4.393 Euro), der größte Einzelbetrag in bar vor Ort 1.000 US$ (897 Euro). Damit fehlten nur 31.467 US$ (28.210 Euro) an dem gesteckten Sammlungsziel von 100.000 US$ (89.650 Euro), so einer der Organisatoren des Pfadfindercamps. Der Erlös ist für Projekte wie die weltweite Vereinigung adventistischer Luftfahrt (Adventist World Aviation), Pfadfinder Evangelisation in Kuba und die Aktion „Bible & Buck“ (eine Bibel und 1 Dollar Porto für den Versand von Bibeln in den Ländern, in denen es wenige Bibeln gibt) gedacht.

5.000 Notfallbehälter
Die anwesenden Pfadfinder wurden eingeladen, Notfallbehälter von je 19 Litern mit dringend benötigten Reinigungs- und Hilfsmitteln zu befüllen. Das Projekt initiierte der Adventistischen Sozialdienst ACS (Adventist Community Service). Der ACS ist der offizielle gemeinnützige Sozialdienst der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Bereich Nordamerika und Kanada mit über 1.250 lokalen Büros.

Oshkosh 2024
In 5 Jahren wird das nächste große internationale Pfadfinderlager in Oshkosh, Wisconsin/USA ausgerichtet. Es findet vom 12.-17. August 2024 unter dem Motto: „Believe the Promise“ (Glaubt der Verheißung) statt. Der Ticketverkauf hat begonnen. Für die ersten 2.500 Tickets gibt es eine der begehrten Anstecknadeln.

Mehr Informationen unter https://camporee.org/.

Kirchen trauern und reagieren auf die Gewalt in den USA

Symbolbild
© Foto: Matthias Müller / churchphoto.de

Silver Spring, Maryland/USA/APD Bei zwei Anschlägen, am 3. August in El Paso, Texas und am 4. August in Dayton, Ohio sind in den USA über 30 Personen ums Leben gekommen und mindestens 46 verletzt worden. Der Schütze in El Paso wurde verhaftet, der in Dayton von der Polizei erschossen. Die Freikirche der Siebenten-Tags-

Adventisten, der Nationale Kirchenrat der USA sowie der Weltkirchenrat verurteilen die Gewalt und fordern gesetzliche Maßnahmen, die den Zugang zu Schusswaffen einschränken.

Adventisten: Schockiert und traurig über die unsägliche Tragödie
Die regionale Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West Texas und im Bundesstaat New Mexico (Texico-Conference) mit Sitz in Corrales, New Mexico, ist „schockiert und traurig über die unsägliche Tragödie", die sich in El Paso ereignet hat. Es gebe „keine rationale Erklärung für einen so abscheulichen Akt der Gewalt und Zerstörung". Gemeinsam mit den vielen anderen würden sie um Trost, Kraft und Heilung für die Verletzten und Opferfamilien beten.

Die adventistische Kirchenleitung in Dayton (Ohio-Conference) hielt fest, dass es sich um die 250. Massenerschiessung in den USA im laufenden Jahr handle. „Wir trauern um den Verlust unschuldiger Leben", so die Kirchenleitung. Sie sprach den Verletzten sowie den Angehörigen und Freunden der Opfer ihr „tief empfundenes Beileid" aus. Nach Überzeugung von Pastor Ron Halvorsen Jr., Präsident der regionalen Kirchenleitung in Ohio, brauche eine Welt voller Hass die Liebe Jesu wie nie zuvor.

Gleichzeitig wurde auf eine Erklärung der adventistischen Weltkirchenleitung von 1990 zur „Ächtung des Verkaufs von Handfeuerwaffen an Zivilisten" Bezug genommen. Diese Art von Waffen, so das Dokument, hätten „keinerlei Legitimation als Sport- oder Freizeitwaffen", sondern seien „zum Töten von Menschen gemacht".

Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK) fordert Massnahmen gegen Waffengewalt
„Wir stehen in diesen Stunden der Trauer und Verwirrung an der Seite unserer Schwestern und Brüder in den USA", so ÖRK-Generalsekretär Dr. Olav Fykse Tveit, „und in unserem Beileid schließen wir uns den dringenden Aufrufen von Kirchen und Kirchenverantwortlichen nach echten Abhilfemaßnahmen gegen die Waffengewalt an".

„Wir wissen", sagte Tveit weiter, „dass die Frage des Waffengebrauchs in den USA mit größeren Themen wie Gewalt, Rasse und politische Polarisierung zusammenhängt. Es handelt sich nicht nur um eine Angelegenheit der Legislative". Die Kirchen hätten eine Schlüsselrolle bei der Aufklärung. Gesetzgeberische Lösungen in den USA würden oft von Lobbygruppen behindert, die sich auf den zweiten Zusatz (Second Amendment) der US-Verfassung, bezüglich der garantierten Rechte [zum Besitz und Tragen von Waffen] berufen.

Nationaler Kirchenrat der USA: Gewählte Politiker haben Angst vor der Waffenlobby
Jim Winkler, Präsident und Generalsekretär des Nationalen Kirchenrats der USA (National Council of Churches), kommentierte die Schießerei mit den Worten: „Es gibt keinen Grund für jemanden, Angriffswaffen zu besitzen, die für den Einsatz im Krieg geschaffen wurden. Es gibt eine breite öffentliche Unterstützung, den Besitz persönlicher Waffen genehmigen zu lassen, Angriffswaffen zu verbieten sowie Hintergrundüberprüfungen durchzuführen. Der einzige Grund, warum sich gewählte Amtsträger weigern, Maßnahmen im Sinne der Wähler zu ergreifen, ist die Angst vor der Macht der Waffenlobby". Der Nationale Kirchenrat der USA ist der Zusammenschluss von 37 protestantischen, orthodoxen und anderen christlichen Konfessionen.

USA: Adventistische Loma Linda Universitätsklinik ausgezeichnet

Loma Linda Universitätsklinikum in Kalifornien/USA
© Foto: LLUHN

Loma Linda, Kalifornien/USA/APD Das amerikanische Nachrichtenmagazin *U.S. News & World Report* hat das *Loma Linda University Medical Center* (LLUMC) kürzlich als eines der besten regionalen Krankenhäuser in der Metropole Riverside und San Bernardino in Kalifornien ausgezeichnet. Das Magazin stuft es in mehreren Bereichen für den Zeitraum 2019-2020 als „leistungsstark" ein, berichten die nordamerikanische Kirchenzeitschrift *Adventist Review* und die *Loma Linda University Health News* (LLUHN).

Die am 30. Juli 2019 veröffentlichte jährliche Einstufung sieht die Versorgung im LLUMC deutlich besser als der nationale Durchschnitt. Wie Loma Linda University Health News (LLUHN) mitteilte, wurden acht Fachgebiete der Klinik als leistungsstark („High Performing") ausgezeichnet, darunter die Gynäkologie, die Gastroenterologie und gastrointestinale Chirurgie. Sechs gängige Verfahren in der Behandlung von Erkrankungen wurden ebenfalls als „hochleistungsfähig" eingestuft, darunter Aortenklappenoperationen, chronisch obstruktive Lungenerkrankungen, Darmkrebs-operationen, Herz-Bypass-Operationen, Herzinsuffizienz und Knieersatz.

U.S. News & World Report-Rangliste
Die Bewertungen (Rankings) sollen laut LLUHN Ärzten und Patienten helfen, bei schwierigem Gesundheitszustand oder auch bei allgemeinen medizinischen Anliegen fundierte Entscheidungen zu treffen, wo sie versorgt werden wollen. Für das Ranking 2019-2020 bewertete das wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazin U.S. News & World Report über 4.500 medizinische Zentren landesweit in 25 Fachgebieten. Es wurden 165 Krankenhäuser in mindestens einer Fachrichtung eingestuft. Dabei würden größtenteils objektive Maßstäbe wie Überlebens- und Entlassungsraten, Volumen und Qualität der Krankenpflege sowie weitere pflegebezogene Indikatoren berücksichtigt, so LLUHN.

Loma Linda Universität
Die 1905 gegründete Loma Linda Universität ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und liegt in Kalifornien/USA im Süden von Los Angeles in der Grafschaft San Bernardino. Sie umfasst acht Fakultäten der Loma Linda Universität,

sechs Krankenhäuser des LLUMC sowie über 1.000 Fakultätsärzte aus Südkalifornien. Loma Linda University Health bietet nach eigenen Angaben über 100 akademische Programme an und versorgt jährlich über 40.000 Patienten stationär und 1,5 Millionen ambulant. Die international angesehenen Wissenschaftler von Loma Linda veröffentlichen jedes Jahr über 500 Fachartikel mit neuen Forschungsergebnissen in den Bereichen Ernährung, Krebsbehandlung, Herzkrankheiten, neonatale Entwicklung, Schlaganfall und Hirntrauma.

USA: Massenerschießungen – Adventisten stellen Care Teams

Symbolbild
© Foto Gerd Altmann/pixabay

Columbia, Maryland/USA/APD Bei den zwei Massenerschießungen in El Paso, Texas, am 3. August und am 4. August in Dayton, Ohio sind in den USA 31 Personen ums Leben gekommen und mindestens 46 verletzt worden. Der *Adventistische Sozialdienst* (Adventist Community Services Disaster Response, ACS DR) stellte im Familienbetreuungszentrum in El Paso den Angehörigen und Freunden der von der Schießerei Betroffenen ein Care Team mit ausgebildeten Fachpersonen für emotionale, psychologische und spirituelle Hilfe zur Verfügung. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, der Nationale Kirchenrat der USA sowie der Weltkirchenrat verurteilten die Gewalt und forderten gesetzliche Maßnahmen, die den Zugang zu Schusswaffen einschränken.

Nach Kontaktaufnahme von W. Derrick Lea, Direktor des Adventistischen Sozialdienstes (ACS) der Nordamerikanischen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten (NAD), mit dem Amerikanischen Roten Kreuz, stellte ACS ein Care Team mit Englisch und Spanisch sprechendem Fachpersonal im Familienbetreuungszentrum von El Paso zur Verfügung. Am 7. August habe die Einrichtung rund 200 Personen helfen können, schreibt der Adventistische Sozialdienst auf seiner Webseite.

ACS hat ebenso mit den Behörden in Mexiko Kontakt aufgenommen, um auch betroffenen Mexikanern, die aufgrund eines ungeklärten Aufenthaltsstatus in den USA die Angebote des Familienbetreuungszentrums von El Paso nicht in Anspruch nehmen wollten, Hilfe anzubieten.

Betroffene protestieren bei Präsident Trumps Besuch in El Paso
Am 8. August besuchte US-Präsident Trump El Paso. Viele Betroffene hätten sich am Protest gegen seinen Besuch in El Paso beteiligt. Deshalb sei die Zahl der Hilfesuchenden im Familienbetreuungszentrum an diesem Tag massiv eingebrochen, schreibt ACS. Am 11. August hat laut ACS ein zweites Care Team das erste abgelöst.

Care Team auch in Dayton
Andrew Mobley, Leiter des Adventistischen Sozialdienstes der regionalen Kirchenleitung in Columbus, Ohio, informierte die Behörden in Dayton, Ohio, dass ein Care Team zur psychologischen Begleitung von Angehörigen bereitstehe.

UN-Gedenktag für Opfer religiöser Gewalt

George und Nawal aus Syrien auf einem Plakat für neue Serie beim Hope TV „Gesichter der Verfolgung“
© Foto: Open Doors

Kelkheim/Deutschland/APD Der 22. August 2019 wurde von der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen im Mai 2019 zum *„Internationalen Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalttaten auf der Grundlage von Religion oder Weltanschauung“* bestimmt. Die UN-Mitgliedstaaten, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft und NGOs sind nach dem Wortlaut der Resolution aufgefordert, den Tag angemessen zu beachten.

Der Entwurf zur Resolution war vom polnischen Außenminister Jacek Czaputowicz eingebracht und von acht weiteren Staaten unterstützt worden. Die Resolution

verurteilt jede Art von Gewalt gegen Personen auf der Grundlage ihrer Religion oder Weltanschauung sowie jeden direkten Angriff gegen deren Häuser, Geschäfte, Unternehmen, Schulen, Kulturzentren und Gebetsstätten sowie Anschläge auf Personen, religiöse Stätten und Heiligtümer. Dies verstoße gegen das Völkerrecht, heißt es im Dokument. Es sei eine der Hauptaufgaben von Staaten, die Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Das beinhalte auch den Schutz von Personen, die zu religiösen Minderheiten gehörten, einschließlich ihres Rechts, ihre Religion oder Weltanschauung frei auszuüben.

Demnach sei es auch wichtig, dass die bestehenden Vorschriften besser in den Rechtssystemen umgesetzt und durchgesetzt werden, damit Individuen vor Diskriminierung und Hassverbrechen geschützt seien.

Christen stark von Diskriminierung und Gewalt betroffen

Die Christen sind mit Blick auf globale Religionen weltweit am stärksten von religiös motivierter Gewalt betroffen, wie das *Pew Research Center* in Washington/USA herausfand. Der jüngste unabhängige Bericht im Auftrag des britischen Außenministers bestätigt diese Einschätzung, so *Open Doors Deutschland*, ein christliches Hilfswerk, das sich für verfolgte Christen einsetzt.

Der Leiter von *Open Doors Deutschland*, Markus Rode, begrüßt den neuen UN-Gedenktag und erinnert an die Millionen Christen, die verfolgt werden: „In zahlreichen Ländern gibt es keine oder nur eine sehr eingeschränkte Religionsfreiheit. Christen in vielen islamisch geprägten Ländern sind wegen ihres Glaubens hohem gesellschaftlichen Druck, Anfeindungen und Hass ausgesetzt. In China übt die Regierung systematisch Druck auf alle Andersdenkenden aus. Besonders im Visier sind Mitglieder nicht registrierter Kirchen, weil sie ihre Loyalität zu Jesus Christus über die zu Staatschef Xi Jinping stellen. Im Iran und weiteren Ländern drohen Konvertiten zum christlichen Glauben Haft und sogar die Todesstrafe. All‘ dies sind weitere Formen von Gewalt.“

Tödliche Angriffe auf Christen und Kirchen

Open Doors veröffentlicht jährlich den *Weltverfolgungsindex*, der die 50 Länder auflistet, in denen die Situation für Christen am schwierigsten ist. Aus der Ausgabe 2019 geht hervor, dass zwischen November 2017 und Oktober 2018 in den 50 untersuchten Ländern mehr als 4.100 Christen aus religiösen Gründen getötet wurden, darunter 3.700 allein in Nord- und Zentralnigeria.

An Ostern 2019 starben bei Angriffen auf drei Kirchen in Sri Lanka mehr als 250 Menschen; 176 Kinder verloren Mutter oder Vater oder beide Elternteile; einige Familien verloren alle ihre Kinder. Anfang dieses Jahres kamen bei einem Angriff in einer Kirche auf den Südphilippinen 20 Menschen ums Leben. In Indonesien griffen Selbstmordattentäter 2018 an einem einzigen Tag drei Kirchen an.

Zum Weltverfolgungsindex von *Open Doors*:
https://www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex.

Zur TV-Serie „Gesichter der Verfolgung“:
https://www.hopechannel.de/tv/mediathek/serie/ml/gesichter-der-verfolgung/

Iran verschärft Verfolgung von Menschen, die vom Islam abfallen

Gohardascht-Gefängnis in Karaj/Iran. Eine Haftanstalt, in der auch christliche Konvertiten einsitzen.
© Foto: Ensie & Matthias Flickr. Lizenziert unter CC BY-SA 2.0 via Wikimedia Commons

Frankfurt am Main/Deutschland/APD Die Führung der Islamischen Republik Iran hat die Verfolgung von Iranern, die sich vom Islam abgewendet haben, weiter verschärft. Darauf weist die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* IGFM hin. Nach Beobachtungen der IGFM verstärken der iranische Geheimdienst und die islamischen Revolutionsgarden die Bedrohung von christlichen Konvertiten, Baha'is und Sufis. Nach dem im Iran geltenden islamischen Recht, gilt das Verlassen des Islams als todeswürdiges Verbrechen.

„Nur die Aufmerksamkeit der Welt hält diese Menschen am Leben"
Nichtmuslime werden laut IGFM im Iran seit der islamischen Revolution systematisch diskriminiert. Angehörigen „geschützter Religionen" – Christen, Juden und Zoroastrier – wird lediglich ein Existenzrecht „gewährt". Andersgläubige, Atheisten und Christen, die früher Muslime waren, sind praktisch rechtlos. „Die iranischen Behörden missachten systematisch bindende Verträge des Völkerrechtes und sogar das eigene iranische Recht", kritisiert der Sprecher des IGFM Vorstands, Martin Lessenthin, „nur die Aufmerksamkeit der Welt hält diese Menschen am Leben". Der Iran sei der bedeutendste unter den wenigen Staaten, die sich weigern, die UN-Antifolterkonvention zu ratifizieren, schreibt die Menschenrechtsorganisation.

Beispielhaft nennt die IGFM den iranischen Konvertiten Ebrahim Firoozi. Wie viele frühere Muslime ist er seit Jahren im Visier des iranischen Geheimdienstes – vor allem, weil er nicht aufhört, über seinen neuen Glauben zu sprechen. Nach mehreren Verhaftungen ist der inzwischen 34-jährige Iraner im Jahr 2015 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er wollte christliche Hauskreise gründen. Die iranische Justiz sah darin den Versuch „eine Gruppe mit der Absicht zu gründen, die nationale Sicherheit zu stören". Ob er nach den fünf Jahren Gefangenschaft tatsächlich aus dem Rajaee Shahr-Gefängnis im nordiranischen Karaj freigelassen wird, ist nach den Erfahrungen der IGFM völlig offen. Politische Gefangene würden vielfach nicht nur völlig willkürlich verhaftet, sondern auch ebenso willkürlich weiter gefangen gehalten.

Willkür und Folter, damit Konvertiten wieder Muslime werden
Ein anderer christlicher Konvertit berichtete der IGFM, dass er in einer mit 80 Häftlingen vollgestopften, fensterlosen und unterirdischen Zelle eingesperrt gewesen sei, die für 20 Personen angelegt war. Der Iraner sei allein wegen seiner christlichen Gemeindearbeit willkürlich verhaftet, misshandelt und gefoltert worden – obwohl er in keiner Weise gegen iranisches Recht verstoßen habe. Durch die Tritte bei „Verhören" habe er innere Verletzungen erlitten. Ärzte des Gefängnisses und eines Zivilkrankenhauses hätten über ein Jahr lang gefordert, dass er wegen der Misshandlungen operiert werden müsse – doch die Behörden hätten ihm die dringend notwendige Hilfe verweigert. Der Konvertit habe monatelang kein Sonnenlicht gesehen. In der Einzelhaft habe das Kunstlicht in seiner winzigen Zelle Tag und Nacht gebrannt. Eine Matratze habe er nur kurz gehabt, nachdem er nach einem „Verhör" in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei. Als die Wärter ihn wieder abholten, hätten sie ihn vor dem schockierten Krankenhauspersonal geschlagen und gedemütigt. Seine Peiniger hätten ihm immer wieder deutlich gemacht, dass es nur einen einzigen Weg in die Freiheit gäbe: Er müsse wieder Muslim werden. Letztlich sei er dennoch entlassen worden, so IGFM. Westliche Politiker hatten sich mehrfach direkt für seine Freilassung eingesetzt und damit die iranische Führung unter Druck gesetzt.

Adventisten: Resilienz im Zentrum des Aktionstages am 24. August

Logo der Kampagne „enditnow" - Sag Nein zur Gewalt gegen Frauen
© sta-frauen.de

Hannover/Ostfildern/Wien/Zürich/APD „Das Gefühl von HOFFNUNG und LEBENSSINN ist für uns Menschen lebensnotwendig" heißt in dem Materialpaket der Abteilung Frauen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zum weltweiten Schwerpunkttag gegen häusliche und sexuelle Gewalt am 24. August. Jeder vierte Samstag im August bietet Gelegenheit, in den Gottesdiensten der Freikirche offen diese Thematik anzusprechen.

Resilienz
In diesem Jahr geht es um Gottes Weg zur Resilienz. Nach Dr. Julian M. Melgosa, assoziierter Leiter der Erziehungsabteilung der Weltkirchenleitung, geht es um „die Fähigkeit, sich von Unglücksfällen [zu] erholen oder sich Veränderungen anpassen zu können." Diese Art von Resilienz sei die Fähigkeit, sich gut anzupassen, wenn man mit einem verstörenden Ereignis wie Unglücksfällen, Verletzungen, tragischen Ereignissen,

Bedrohungen und anderen Stressauslösern konfrontiert wird. Dazu gehöre auch häusliche und sexuelle Gewalt.

Schwerpunkttag am vierten Samstag im August

Im Jahre 2001 hat die Weltkirchenleitung der Adventisten erstmalig einen Aktionstag zur Prävention von Missbrauch ausgerufen. 2014 wurde er in „enditnow (jetzt beenden) Schwerpunkttag“ umbenannt. Beim „enditnow“-Tag gestalten Frauen auf der ganzen Welt Gottesdienste und Seminare, in denen sie darauf hinweisen, wie wichtig es ist, dass die Kirche das Problem von Missbrauch und Gewalt nicht verschweigt.

Materialpakete

Von der Webseite adventistischer Frauen im deutschsprachigen Raum können Materialien zu diesem Tag heruntergeladen werden (www.sta-frauen.de). Dazu gehören formulierte Referate, Power-Point-Präsentationen sowie ausgearbeitete Seminare zu den Themen „Heilsames Denken“ und „Vergebung“. Es heißt dort zu den Beweggründen: „Obwohl für viele Menschen ein unbequemes Thema, ist es immer deutlicher geworden, dass Missbrauch ein ernsthaftes Problem für Christen, [auch] Siebenten-Tags-Adventisten ist.“ Missbrauch in jeglicher Form entstelle den Leib Christi - das gelte sowohl für Opfer und Täter als auch für die Kirchengemeinde, die mit den verletzten Mitgliedern zurückbleibe.

enditnow

Bei einem „enditnow-Schwerpunkttag“ sagen Siebenten-Tags-Adventisten ein deutlichen NEIN zu jeglicher Form von Gewalt. An diesem Tag bieten sich Möglichkeiten für örtliche Kirchengemeinden, das Thema anzusprechen und damit zu enttabuisieren, das Schweigen zu brechen, Kirchenmitglieder und Kirchenleiter für diese Problematik zu sensibilisieren, die Gesellschaft zu informieren und den Opfern Hilfsangebote zu eröffnen.

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Australien: Obdachlos für einen guten Zweck

Pastor Wolverton (links) bei seiner zweiten Übernachtung mit Obdachlosen
© Foto: Adventist Record

Wahroonga/Australien/APD Zwanzig Mitglieder der Glenvale Kirchengemeinde in Toowoomba in Queensland/Australien verbrachten trotz Kälte eine Nacht im Rahmen des Projekts *Homeless for a Night* (eine Nacht obdachlos) auf der Straße. Das Projekt war Teil der „*Obdachlosenwoche 2019*“ mit dem Ziel, Spenden im Rahmen der nationalen Obdachlosen Woche zu sammeln, berichtet die australische Kirchenzeitschrift *Adventist Record*.

Bei über 400 Menschen, die jede Nacht Obdachlosigkeit in der Gegend erleben, sah Casey Wolverton, Pastor in der Glenvale Seventh-day Adventist Church, Handlungsbedarf. "Wir haben eine der größeren Kirchen hier in Toowoomba.... also denke ich, dass wir Verantwortung übernehmen und nach Lösungen suchen sollten". So verbrachte er sogar eine ganze Woche auf der Straße. Über 7.600 Dollar (6.850 Euro) wurden von den Adventisten in dieser Nacht gesammelt, wobei die jüngeren Teilnehmer die größeren Summen erzielten. Der Jüngste, ein 10-Jähriger, sammelte fast 400 Dollar (360 Euro) für das Projekt.

Aktion „Eine Woche Odachlos 2019“
Das Projekt wurde im Rahmen der *Nationalen Obdachlosen Woche* von der gemeinnützigen Organisation *Base Services* organisiert. Die Organisation bietet den Bedürftigen Lebensmittel, warme Kleidung und andere Annehmlichkeiten sowie Hilfen zur Unterkünften und Gesundheitsdiensten. Hauptorganisator des Projekts war Nat Spary. Spary leitet eine Suppenküche (B*ase Soup Kitchen)* für Obdachlose in der Region, in der sich auch Adventisten regelmäßig engagieren. Das gesamte Projekt *der Obdachlosenwoche* brachte über 100.000 Dollar (90.000 Euro) für die Suppenküchenarbeit ein.

Taipehs Krankenhäuser sollen muslimfreundlich werden

Dr. Ir. Lukmanul Hakim (Mitte), Direktor der indonesischen Lebensmittel- und Arzneimittelbehörde, übergibt 2018 Dr. Huang Hui-ting, Präsident des Taiwan Adventist Hospital, das Halal-Zertifikat.
© Foto Taiwan Adventist Hospital, Taipeh

Taipeh/Taiwan/APD Die englischsprachige Tageszeitung *Taipeh Times* berichtete über Anstrengungen der Stadtverwaltung, die Hauptstadt „halal“ und muslimfreundlicher auszurichten. Das *Taiwan Adventist Hospital* ist das erste der 17 Krankenhäuser der Stadt, die nach Angaben von Chi Yu-chiu (紀玉秋), Abteilungsleiter des Gesundheitsministeriums von Taiwan, die das Zertifikat „muslimfreundlich“ zugesprochen bekam.

Adventistisches Krankenhaus in Vorreiterrolle bei "halal"-Anerkennung
Das *Taiwan Adventist Hospital* wurde 1955 gegründet, hat 380 Betten und bekam bereits 2018 die offizielle "halal"-Anerkennung. Die Zertifizierung erfolgte durch den indonesischen *Ulema-Rat* (Majelis Ulama Indonesia). Halal ist ein arabisches Wort und kann mit "erlaubt" und "zulässig" übersetzt werden. Es bezeichnet alle Dinge und Handlungen, die nach islamischem Recht zulässig sind.

Die Mahlzeiten des Krankenhauses sowie die Medikamente und auch die Pflegeprodukte entsprechen der strengen Norm. Die Klinik verfügt über einen muslimischen Gebetsraum samt Gebetsteppichen, Exemplaren des Koran und Waschgelegenheiten. Die Speisekarte offeriert über 200 verschiedene "halal"-zertifizierte Speisen und Snacks.

Der Prozess, das "halal"-Zertifikat zu erhalten, war sehr kompliziert, gestand der Präsident des Taiwan Adventist Hospital, Huang Hui-ting. Das betreffende Personal musste auswärts geschult und eine Prüfungskommission zur Bestimmung der "halal"-Einstufung gebildet werden, so die *Taipeh Times*.

Nun sei das Krankenhaus aber in der Lage, auch anderen Krankenhäusern zu helfen, eine muslimfreundliche Umgebung zu schaffen und die "halal"-Zertifikation zu erlangen.

Der *Global Muslim Travel Index* aus Singapur stufte 2018 Taiwan als fünftes der muslimfreundlichen Länder unter den Reiseländern ein, die nicht der Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC) angehören.

Gemäß Chi Yu-chin vom Gesundheitsministerium, besuchten zwischen 2014 und 2018 etwa 8.000 Personen, in der Mehrheit Muslime aus Malaysia, Indonesien, Bangladesch und den Staaten des Nahen Ostens Taipeh, um medizinisch behandelt zu werden. Außerdem leben derzeit schätzungsweise 300.000 Muslime in Taiwan. Ende März 2019 waren 270.680 Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen aus Indonesien in Taiwan.

Adventisten in Taiwan
Unter den 23,5 Millionen Einwohnern in Taiwan sind 6.714 Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in 58 Kirchgemeinden organisiert. Sie feiern ihre Gottesdienste am Samstag (Sabat), dem biblischen Ruhetag. Neben dem Krankenhaus mit 380 Betten in Taipeh unterhalten die Adventisten auch ein College mit rund 320 Schülern.

Verlässliches Ausschiffungssystem für Gerettete gefordert

Pressekonferenz in Berlin am 23.08.19 mit SOS MEDITERRANÉE und Ärzte ohne Grenzen
© Foto SOS MEDITERRANEE

Malta/APD Nach vier Rettungsaktionen und insgesamt 356 Schiffbrüchigen an Bord kann die *Ocean Viking* nun im Hafen von Malta anlegen. Nach Gesprächen mit der EU-Kommission, Deutschland und Frankreich erklärten sich die Länder Deutschland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Portugal und Rumänien bereit, die Geretteten aufzunehmen, twitterte Maltas Regierungschef Joseph Muscat.

Pressekonferenz
Noch am Morgen hatten die Organisationen *SOS MEDITERRANEE* und *Ärzte ohne Grenzen* zu einem Pressegespräch nach Berlin geladen. Dort schilderten beide Hilfsorganisationen die Lage auf dem Rettungsschiff *Ocean Viking* und forderten einen sicheren Hafen für die 356 Geretteten sowie ein verlässliches Ausschiffungssystem. „Die

europäischen Staaten müssen dafür Sorge tragen, dass sich die Blockade von Rettungsschiffen auf See nicht wiederholt!“.

Anfang August startete die *Ocean Viking* ihren Einsatz in internationalen Gewässern im Mittelmeer. In der Zeit vom 9. bis 12. August nahm das Schiff insgesamt 356 Schiffbrüchige an Bord und versorgte sie seit mittlerweile 13 Tagen. „Das Schiff kann 200 Personen für einige Tage gut versorgen, wir brauchen jetzt eine kurzfristige Lösung für die *Ocean Viking*,“ so Jana Ciernoch, Politische Referentin von *SOS MEDITERRANEE*. Der Konferenz zugeschaltete Crewmitglieder berichteten über die angespannten Zustände an Bord und Schicksale der Geretteten. Über 90 unbegleitete Minderjährige seien unter den Geflüchteten. Die Geretteten seien traumatisiert, berichten von dramatischen Erlebnissen in libyschen Flüchtlingslagern sowie von körperlichen und sexuellen Gewalttaten. Auch gegenüber Minderjährigen. „Einige Gerettete trieben über 40 Stunden auf dem Wasser, bis wir sie gefunden haben. Sie sind dehydriert, hungrig und geschwächt, benötigen medizinische und psychologische Hilfe,“ ergänzte Max Avis, Rettungskoordinator von *SOS MEDITERRANEE* aus Marseille.

Mit den Geretteten hatte die *Ocean Viking* in internationalen Gewässern zwischen Italien und Malta ausgeharrt und wartete auf eine Einfahrgenehmigung. Die Vorräte gingen zur Neige, Brauchwasser wurde bereits rationalisiert, viele Gerettete schliefen wegen Platzmangels an Deck.

Appell an EU-Staaten

Beide Hilfsorganisationen appellierten an die Staaten der Europäischen Union, endlich einen sicheren Hafen für die Geretteten zu öffnen. „Und es braucht ein verlässliches Ausschiffungssystem für Gerettete, statt jedes Mal wieder neu diskutieren zu müssen. Das ist wie bei anderen Rettungseinsätzen, es bleibt keine Zeit lange zu klären, in welches Krankenhaus Gerettete gebracht werden dürfen,“ appellierte Florian Westphal, Geschäftsführer von *Ärzte ohne Grenzen*. „Solange es keine menschenwürdige Lösung gibt, werden wir weiter Menschenleben retten. Niemand darf auf See sterben,“ fügte Jana Ciernoch abschließend hinzu. Die Organisationen verwiesen auf das geltende Seerecht, wonach Staaten schnellstmöglich einen sicheren Hafen für aus Seenot Gerettete zur Verfügung stellen müssen. Die *Ocean Viking ist* derzeit das einzige Rettungsboot, welches im Mittelmeer unterwegs ist.

Nach der heute gefundenen europäischen Lösung zeigte sich *SOS MEDITERRANEE* erleichtert. Bevor die *Ocean Vking* so schnell wie möglich in den Rettungseinsatz im zentralen Mittelmeer zurückkehren kann, muss die Crew wechseln, sowie Treibstoff und weitere Vorräte an Bord gebracht werden.

Der Einsatz von *SOS MEDITERRANEE* und *Ärzte ohne Grenzen* wird durch ein Bündnis von Hilfsorganisationen, darunter ADRA Deutschland e.V., unterstützt.

„Zehntenhäuser" für adventistische Selbstversorger im Südpazifik

Ein „Zehntenhaus" auf Vanuatu
© Foto: Adventist Record

Wahroonga, NSW/Australien/APD Kleine überdachte Regale neben der Kirche, sogenannte „Zehntenhäuser", seien in den Dörfern des Südpazifiks weit verbreitet, um den „Zehnten" der Kirche in Form von Naturalien zu spenden, berichtet Pastor Glenn Townend, Präsident der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten im Gebiet des Südpazifik. Nach Angaben von *Adventist Record*, dem australischen Kirchenblatt der Adventisten, betreiben die meisten Kirchenmitglieder in ländlichen Gebieten Bedarfswirtschaft, also Selbstversorgung und haben kein Geld. Ihre Währung sind Tiere und deren Produkte sowie Feld- und Gartenerzeugnisse.

Nach Vorbild der Bibel

So wie die israelitischen Hirten jedes zehnte Tier Gott als Zehnten gegeben hätten (Die Bibel in 3 Mose 27,30+32), so werde jede zehnte Süßkartoffel, Jamwurzel, Wasserbrotwurzel oder Banane in das „Zehntenhaus" gelegt. Im Gebiet des Südpazifiks seien diese „Zehntenhäuser" und die darin gelagerten Kirchengelder in Form von Naturalien Ausdruck der Treue jener Menschen, die erkannt hätten, dass Gott es sei, der ihnen alles gebe, so Townend. Der Bezirkspfarrer sammle jeweils diese Zehnten, trage sie auf den Markt, verkaufe sie und übergebe das gelöste Bargeld dem örtlichen Büro der adventistischen Kirchenleitung.

Bargeldlos spenden per App

In australischen Kirchengemeinden der Siebenten-Tags-Adventisten könne es auch passieren, dass kaum jemand etwas für die Kollekte gebe, die im Gottesdienst gesammelt wird. Dennoch seien Spenden und Zehnten an die Kirche gewachsen so Townend. Da viele Leute ohne Bargeld unterwegs seien, habe die Kirche die App „egiving" eingerichtet, über die man den Zehnten und die Gaben bargeldlos überweisen könne.

Mehr dazu: egiving.org.au.

Papua-Neuguinea: Adventistische Freikirche eröffnet „*House of Care*“ zum Schutz vor familiärer Gewalt

Eröffnungszeremonie des Schutzhauses „House of Care“ für Betroffene häuslicher und sexueller Gewalt in Papua-Neuguinea
© Foto: Adventist Record

Wahroonga/Australien/APD Die *Silva Memorial Seventh-day Adventist* Church, eine lokale Kirchengemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten in der Region Papua-Neuguinea (PNG), eröffnete kürzlich auf ihrem Grundstück eine Zufluchtsstätte für Betroffene häuslicher Gewalt. Das sogenannte „*House of Care*“ (Haus der Fürsorge) wird eine vorübergehende Unterkunft für von häuslicher oder sexueller Gewalt Betroffene bieten. Gleichzeitig soll es nach Angaben der australischen Kirchenzeitschrift „*Adventist Record*“ eine erste Anlaufstelle sein und durch Aufklärung und Beratung Betroffene unterstützen.

Gemeinschaftsprojekt
Das „*House of Care*“ wurde durch die Partnerschaft der örtlichen Kirchengemeinde mit der adventistischen Hilfsorganisation *ADRA* sowie dem *Avondale College* ermöglicht. Sowohl Kirchen- als auch Regierungsvertreter äußerten die Hoffnung, dass das Haus zu einem Modell für andere Kirchengemeinden im Land werde und bei der Bekämpfung von familiärer und sexueller Gewalt in ganz Papua-Neuguinea eine Vorreiterrolle übernehme. In Anwesenheit von Führungspersönlichkeiten aus Kirche und Politik sowie Hunderten von Kirchenmitgliedern der Freikirche wurde das Gebäude eingeweiht.

Optimistisches Projekt
"Es ist großartig, heute hier zu sein und die Hoffnung und den Optimismus zu sehen. Es ist ein fantastisches Projekt, vor allem weil es der Gesellschaft dient und dieses wirklich ernste Problem angeht“, so Ed Wilkinson, ökonomischer Berater beim australischen Hochkommissariat in Port Moresby. Es sei ein Anfang, aber es ginge nicht nur darum, direkt auf die Bedürfnisse von Frauen einzugehen, die von familiärer und sexueller Gewalt betroffen sind, sondern auch darum, die Vorstellungen und Wahrnehmungen von Männern und der papua-neuguineischen Gesellschaft zu verändern.

Zum Schulanfang beste Wünsche von ADRA

#EveryChildEverywhereInschool - Bildungsinitiative von ADRA
© Foto Arjay Arelano / ADRA

Weiterstadt/APD Zu Beginn des neuen Schuljahres und der Einschulung der neuen Klassen in Hessen wünschte die *Adventistische Katastrophen- und Entwicklungshilfeorganisation ADRA Deutschland* (ADRA) den Schülerinnen und Schülern einen gelungenen Start ins neue Schuljahr. Mit ihrer Aktion erinnert sie an die Bedeutung der Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit.

Bildung ist der Schlüssel
„Wir wüschen den eingeschulten Kindern einen tollen Start in ihre Schullaufbahn. Den älteren Schülerinnen und Schülern wünschen wir ebenfalls viel Erfolg in der Schule“, so Christian Molke, Geschäftsführer von ADRA Deutschland e.V.. Das Bildungssystem in Deutschland gehöre zu den besten auf der ganzen Welt. *ADRA* denke auch an diejenigen, die keinen oder eingeschränkten Zugang zu Bildung haben. Gerade Bildung sei der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung. Deshalb fördere *ADRA Deutschland* in den Projekten Kinder und Erwachsene, die keine Schulbildung erhalten hätten. So würde *ADRA* beispielsweise Lehrpläne entwickeln und Schulen in Somalia bauen oder die Alphabetisierung von Frauen in Burundi fördern.

Bildung ist ein Menschenrecht
Derzeit wird das Recht auf Bildung weltweit über 262 Millionen Kindern verwehrt. Ohne Bildung sind Kinder gefangen in einem Teufelskreis, geben die Armut an die nächste Generation weiter. Kinder von bildungsfernen Eltern leiden häufiger an Unterernährung und sterben vor der Vollendung des fünften Lebensjahres. Dazu kommt, dass ein Kind, das nicht zur Schule geht, anfälliger ist für Menschenhandel, schneller als Kindersoldat missbraucht wird und ein erhöhtes Risiko für frühe Heirat, Teenager-Schwangerschaft und Kinderarbeit hat.

Initiative „*Every Child. Everywhere. In School.*“
Um auf die Bedeutung der Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit hinzuweisen hat *ADRA* im Februar die weltweite Kampagne *„Every Child. Everywhere. In School.“* ins Leben gerufen. Teil dieser Initiative ist eine Petition mit dem Ziel, eine Million Unterschriften zu sammeln, damit sich die Vereinten Nationen mit dem Anliegen beschäftigen. Dazu wird ein Team von *ADRA* in den nächsten vier Wochen jeweils mittwochs im hessischen Darmstadt mit einem Informationsstand vertreten sein. Dort können die Bürger und Bürgerinnen mehr über die Kampagne erfahren und auch direkt die Petition unterstützen.

Guatemala: Bettwäsche für öffentliche Krankenhäuser

Eine Gruppe adventistischer Frauen aus der östlichen Region Guatemalas übergibt Bettwäsche an das Krankenhauspersonal im öffentlichen Krankenhaus von Chiquimula
© Foto: Bladimir Pineda/IAD News

Miami, Florida/USA/APD Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten aus der östlichen Region Guatemalas verteilten Anfang Juli Bettwäsche an vier Krankenhäuser in den Städten Chiquimula, Zacapa, Jalapa und Jutiapa. Mit dieser Initiative unterstützte die Frauenabteilung der Freikirche die Krankenhäuser, die mit der Versorgung ihrer Patienten zu kämpfen haben, berichtet die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen adventistischen Kirchenleitung in Mittelamerika (IAD News).

Spenden für Bettlaken
Die Frauen hatten in 202 Kirchengemeinden etwa 5.000 US-Dollar gesammelt. Damit hatten sie 561 Bettlaken maßanfertigen und mit dem Logo der Freikirche und einem Bibeltext bedrucken lassen. Die Aktion zeige die hohen Wertmaßstäbe der Freikirche, so Dr. Danilo Mart, ein Vertreter des Krankenhauses in Chiquimula. Das sei beispielhaft. Dr. Helen Ramos, eine der Leiterinnen des Krankenhauses in Jutiapa, erklärte, über 30 Prozent der Patienten seien Frauen. Das nationale Krankenhausnetzwerk in Guatemala verfüge über mehr als 45 Krankenhäuser und 1.600 Gesundheitszentren, um den Bedürfnissen von über 17 Millionen Menschen zu begegnen. Ein Bettlaken müsse nach etwa drei Monaten erneuert werden.

In jeder Kirchengemeinde vor Ort waren die Leiterinnen der Abteilung Frauen aufgerufen, ein Bettlaken im Wert von 10 US-Dollar zu kaufen. Andere Frauen sollten ebenfalls dazu ermutigt werden. So wollte man das Ziel von 561 Bettlaken erreichen, die vorrangig Frauen in den Krankenhäusern zukommen sollten.

Unterversorgung in Krankenhäusern
„Wir wollten die Bedingungen für die Patienten verbessern helfen“, so Brenda de Solis, Leiterin der Abteilung Frauen der Freikirche in Ostguatemala. Viele der Krankenhäuser seien nicht ausreichend versorgt, und die Bettwäsche sei eine Möglichkeit, gezielt den Bedürfnissen der Patienten zu helfen. Weitere Initiativen und Projekte seien geplant, so de Solis.

Adventisten in Guatemala
In dem mittelamerikanischen Land zwischen Karibik und Pazifik, das im Norden an Mexiko und im Süden an Honduras und El Salvador grenzt, leben nach Angaben aus dem Jahr 2018 knapp 250.000 mündig getaufte adventistische Kirchenmitglieder in 971 Kirchengemeinden und 255 Kleingruppen.

Kolumbien: Venezolanische Migranten erhalten Hilfe für Start-ups

Zulay Herrera, Projektleiterin (re.) begrüßt eine Projektteilnehmerin
© Foto: North Colombia Union/IAD

Medellín/Kolumbien/APD Leiter und Mitarbeitende der adventistischen Universität in Medellín/Kolumbien (Universidad Adventista de Colombia UNAC) unterstützen ein Start-up-Projekt. Mit diesem Projekt sollen 15 Migrantenfamilien aus Venezuela und fünf lokale Familien mit niedrigem Einkommen ihr eigenes kleines Unternehmen gründen können, so. Zulay Herrera, Projektleiterin.

Die Familien haben Werkzeuge, Öfen, industrielle Lebensmittelmaschinen sowie Rohstoffe dazu Nähmaschinen, Drucker und Fast-Food-Karren, zum Verkauf auf den Straßen sowie weitere Ausrüstungen erhalten. Die *Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Kolumbien* hat allen Familien einen Korb mit Lebensmitteln und Spiele für die Kinder ausgegeben. Elf Stunden seien die Familien über die Verwendung der Geräte, den Verkauf von Produkten und die Verwaltung ihrer kleinen Unternehmen geschult worden, berichtet die Kommunikationsabteilung der Siebenten-Tags-Adventisten in Kolumbien. Die Geschäftsinhaber werden einmal im Monat mit den Mitarbeitenden der Universität zusammentreffen, damit diese die Projektentwicklung begleiten und unterstützen können.

Ermöglicht wurde das Projekt durch Gelder, Lebensmittel und Rohstoffe, die von Adventisten und nichtadventistischen Familien für das Projekt zur Verfügung gestellt wurden. Sie haben auch den Transport organisiert, um die Waren zu den Häusern der Begünstigten zu bringen. Im November sollen weitere 20 Familien vom Projekt profitieren.

Kanada: ADRA unterstützt durch Waldbrände vertriebene einheimische Bevölkerung

Symbolbild
© Foto Gerd Altmann/pixabay

Ontario/Kanada/APD Die adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfeorganisation ADRA und freiwillige Helfer der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Ontario/Kanada unterstützten Anfang Juni die indigene (einheimische) Bevölkerung in Nordontario. Aufgrund der Waldbrände mussten die dortigen Bewohner ihre Häuser verlassen und wurden in Notunterkünfte gebracht, berichtet ADRA-Kanada und die nordamerikanische Kirchenzeitschrift Adventist Review.

Waldbrände im Nordwesten von Toronto
In der ersten Juniwoche dieses Jahres zwangen Waldbrände in Nordontario/Kanada, die dort im Indianerreservat lebenden Pikangikum First Nation Einwohner aus ihren Häusern zu fliehen. Mit First Nation werden die meisten indigenen Völker in Kanada bezeichnet. Sie mussten in Notunterkünfte in Sioux Lookout und Thunder Bay evakuiert werden. ADRA-Kanada (Adventist Development and Relief Agency) half mit Unterstützung der regionalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Ontario den Menschen, die mit sehr wenig Hab und Gut aus ihren Häusern fliehen mussten.

Viele geflüchtete Kinder
Ein Team von Freiwilligen, darunter zwei Krankenschwestern, flog von Toronto nordwestlich nach Thunder Bay am Oberen See und fuhren dann vier Stunden weiter zum Ort Sioux Lookout. Dort wurden die Evakuierten aufgenommen und versorgt. Die ADRA-Freiwilligen arbeiteten rund um die Uhr. Etwa die Hälfte der Vertriebenen seien Kinder, berichteten die Einsatzkräfte. Die freiwilligen Helfer spielten mit den Kindern, um sie zu beschäftigen. Erst nach mehreren Tagen tauten die Kinder langsam auf und Helfer und Kinder erlebten bewegende Momente zusammen.

Neben der Betreuung der Kinder und Jugendlichen gehörten Transport- und Hilfsdienste zu den Aufgaben der Helfer. Nach drei Tagen in Sioux Lookout wurde das

Team gebeten, in dem zweiten Notlager zu helfen, das ADRA in Thunder Bay unterstützte. Nach fünf Tagen ging es wieder zurück nach Toronto.

Krisenvorbereitung erforderlich
In Kommentaren zu ihrem Einsatz äußerten die Freiwilligen, es sei notwendig, dass Kirchengemeinden frühzeitig auf solche Hilfseinsätze vorbereitet würden, um dann schnell reagieren zu können, besonders bei einem Notfall direkt vor Ort. Nach Angaben der kanadischen Regierung sind bereits 2.405 Waldbrände in diesem Jahr gezählt worden. Fast jede Provinz kämpfe mit den Flammen.

Kongo: ADRA versorgt unterernährte Kinder im Ebola-Gebiet

ADRA-Personal desinfiziert Krankenwagen sowie Haushaltsgegenstände von Ebola-Patienten
© Foto: Ebola-Ausbruch in Westafrika 2014-2015 / ADRA

Silver Spring, Maryland/USA/APD Im August 2018 ist laut der *Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe* ADRA zum zehnten Mal das Ebolavirus in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) ausgebrochen. Es sei der längste und zweitgrößte Ausbruch. ADRA arbeitet seit 1984 in dem zentralafrikanischen Land und unterstützt Kinder und Frauen, die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Das Hilfswerk stellt sauberes Wasser sowie sanitäre Einrichtungen zur Verfügung, unterrichtet die Bevölkerung in bewährten Hygieneverfahren und führt mit Hilfe von UNICEF (Kinderhilfswerk der UNO) ein Kinderernährungsprogramm durch.

Krisenübersicht
Seit Beginn des aktuellen Ausbruchs im Jahr 2018 wurden über 1.700 Todesfälle bestätigt und über 2.500 Menschen infiziert. Es wird angenommen, dass etwa 17.000 Menschen mit dem Virus in Berührung gekommen sind. Nach Meinung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist der Ausbruch von Ebola im Kongo zu einer globalen Gesundheitskrise geworden. Zur Eindämmung des Virus seien besondere Anstrengungen erforderlich.

Impfungen tragen laut WHO dazu bei, die Ausbreitung oder Gefährdung durch die Krankheit zu minimieren. In der gesamten DRK sind über 163.000 Personen geimpft

worden. Aufgrund der anhaltenden kriegerischen Konflikte und der 4,5 Millionen Binnenflüchtlinge ist die Seuche eine Herausforderung für die Mitarbeiter von internationalen Hilfswerken. Personen, die unter Quarantäne gestellt worden seien, könnten nicht überwacht werden. Zudem gebe es laut ADRA auch Berichte über Zusammenstöße zwischen bewaffneten Rebellen und hilfsbereiten lokalen Behörden und Gesundheitsdiensten.

ADRAs Antwort auf Ebola

ADRA unterhält in der DRK Zweigstellen in 17 Provinzen, sechs davon in Nord-Kivu und Ituri. Das Hilfswerk arbeitet mit anderen humanitären Organisationen und lokalen Behörden zusammen, um das Programm „Nahrungsmittel gegen Arbeit“ (Food-for-Work-Program) zur Unterstützung der am stärksten von der Epidemie betroffenen Kommunen durchzuführen.

In Katwa, Butembo, Beni, Mabalako und Oicha in der Provinz Nord-Kivu hat ADRA mit Hilfe von UNICEF ein Kinderernährungsprogramm entwickelt. „Das Hauptziel dieser Nothilfemaßnahme besteht darin, das Risiko der Unterernährung bei Kindern im Alter bis zu 26 Monaten sowie schwangeren und stillenden Frauen zu verringern“, sagte Mario Oliveira, Direktor für Nothilfe bei ADRA International.

ADRA teilte mit, dass das Programm den Kauf von notwendigen Stillartikeln zur Säuglingspflege, die Ausbildung von Ernährungsassistenten und ADRA-Personal, zur Notfallversorgung von Säuglingen und Kleinkindern umfasse. Außerdem würden Krankenschwestern ausgebildet, Patienten Präventionsmethoden zur Infektionskontrolle beizubringen. ADRA habe bis heute mehr als 170.000 Personen durch Präventions- und Mobilisierungsmaßnahmen erreicht, so Oliveira.

ADRA bei Seenotrettung mit im Boot

Seenotrettungsschiff Ocean Viking
© Foto: Anthony Jean/SOS MEDITERRANEE

Weiterstadt/APD Das neue Schiff *Ocean Viking* der europäischen Seenotrettungsorganisation *SOS MEDITERRANEE* ist im Einsatzgebiet in internationalen

Gewässern vor der libyschen Küste. Damit hat sie unter schwierigen Umständen die Rettung von Schiffsbrüchigen im zentralen Mittelmeer vor Ort wieder aufgenommen. Die Organisation erhält dabei kräftigen Rückenwind aus der Zivilgesellschaft. Mit mehreren Mitgliedern des Nothilfebündnisses „Aktion Deutschland Hilft" fördert die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe *ADRA Deutschland e.V.* laut einer Pressemeldung auch in diesem Jahr wieder den Einsatz von SOS MEDITERRANEE.

Gemeinsam mit ADRA stellen sich die Hilfsorganisationen AWO International e.V., die Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care, Islamic Relief Deutschland e.V. sowie die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) öffentlich hinter die Arbeit der zivilen Seenotretterinnen und -retter, die sie bereits im Jahr 2018 unterstützten. „*Wir freuen uns, dass fünf unserer Bündnisorganisationen die zivile Seenotrettung erneut unterstützen und sich aktiv an der Rettung von Schiffbrüchigen im Mittelmeer beteiligen. Denn humanitäre Hilfe zu leisten, bedeutet für unser Bündnis auch die Rettung von Menschen, die im offenen Meer in Not geraten*", sagt Manuela Roßbach, geschäftsführender Vorstand von Aktion Deutschland Hilft.

„Wir begrüßen die breite Unterstützung aus der Zivilgesellschaft von Aktion Deutschland Hilft. Sie zeigt, dass sich unterschiedliche Organisationen in einem einig sind: Leben retten steht an oberster Stelle", so David Starke, Geschäftsführer von SOS MEDITERRANEE in Berlin. „Allein dieses Jahr sind mindestens 840 Kinder, Frauen und Männer auf der Flucht aus Libyen im Mittelmeer umgekommen. Das ist erschütternd und für uns nicht hinnehmbar. Es ist unsere Pflicht, das Sterben im Mittelmeer zu beenden".

Die Ocean Viking ist eines der wenigen Schiffe, die sich aktuell im Mittelmeer um die Rettung von Menschen in Seenot kümmern kann. SOS MEDITERRANEE betreibt das Schiff gemeinsam mit der Organisation „Ärzte ohne Grenzen", die an Bord die medizinische Versorgung der geretteten Menschen übernimmt. Die Ocean Viking – Baujahr 1986, 69 Meter lang, 15 Meter breit – fährt unter norwegischer Flagge und wurde früher als Rettungs- und Notfallschiff für Öl-Förderanlagen in der Nordsee eingesetzt. Sie ist demnach für die Rettung und Versorgung einer großen Anzahl von Menschen ausgelegt. Für den Einsatz im Mittelmeer installierte das Team von SOS MEDITERRANEE und Ärzte ohne Grenzen auf dem Hinterdeck des Schiffs spezielle Unterbringungsmöglichkeiten mit Schutzräumen für gerettete Frauen, Kinder und Männer sowie eine Klinik.

Von Mai 2016 bis Dezember 2018 hatten die Hilfsorganisationen im Mittelmeer gemeinsam das Rettungsschiff Aquarius betrieben. In der Zeit von Februar 2016 bis September 2018 konnte die Aquarius insgesamt 29.523 gerettete Menschen an Bord aufnehmen. Nach politisch motivierten Angriffen auf ihre Arbeit mussten die Organisationen den Einsatz mit der Aquarius im Dezember 2018 einstellen und gaben das Schiff an den Reeder zurück.

KULTUR

Internationale Altaistik-Konferenz in Friedensau

Am Mikrofon Referentin Nurila Shaimerdinova
© Foto mit freundlicher Genehmigung von Nurila Shaimerdinova | © ThHF Andrea Cramer

Friedensau bei Magdeburg/APD Vom 18. bis 23. August tagte in Friedensau bei Magdeburg die 62. Jahresversammlung der Permanent International Altaistic Conference (PIAC). Das Plenum befasste sich in diesem Jahr mit „Staat und Religion in der altaischen Welt". Die Altaistik setzt sich mit Geschichte, Sprache und Kultur der Völker und Volksgruppen, wie Kasachstan, Kirgisistan, der Mongolei und den Mandschuren, in der Region des zentralasiatischen Altai-Gebirges und der angrenzenden Gebiete Mittelasiens auseinander.

Laut der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau kooperiert in Deutschland die PIAC mit dem Institut für Turkologie der Freien Universität Berlin. An der 62. Jahresversammlung nahmen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus über einem Dutzend Länder und Regionen teil. Sie kamen aus Japan, Korea, Russland, China, Taiwan, Kirgisistan, Kasachstan, Ungarn, Frankreich, der Mongolei, Türkei, den USA und Deutschland. Themen der aktuellen Tagung waren verschiedene Religionen wie der alttürkische Tengrismus und der Buddhismus, insbesondere ihr Verhältnis zum weltlichen Staat. Neben den Tagungsthemen stand auch die Erkundung der Region auf dem Programm. So wurden unter anderem der Dom in Magdeburg und die hugenottische Petrikirche in Burg bei Magdeburg besucht.

Friedensauer Hochschule
Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. In den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie können acht Bachelor- und Master-Studiengänge, zum Teil berufsbegleitend, sowie der Kurs „Deutsch als Fremdsprache" belegt werden. Weitere Informationen unter: www.thh-friedensau.de

Informationen zur PICA unter http://www.altaist.org/

Erstmals eine Frau zur Generalsekretärin von „Religions for Peace" gewählt

Dr. Azza Karam, neue Generalskretärin Religions for Peace
© Foto: Ring for Peace

Lindau/Deutschland/APD Prof. Dr. Azza Karam wird neue Generalsekretärin der größten interreligiösen Nichtregierungsorganisation *Religions for Peace* (RfP - Religionen für den Frieden). Die über 900 Delegierten der 10. Weltversammlung wählten in Lindau/Deutschland die 50-jährige am 22. August zur ersten weiblichen Generalsekretärin an die Spitze der weltweit größten Allianz religiöser Gemeinschaften. Sie folgt auf den US-Amerikaner Dr. William F. Vendley, der das Amt seit 1994 führte.

Prof. Dr. Azza Kara
Deutschland, Lindau, Religions for Peace, Karam, Kässmann Deutschland, Lindau, Religions for Peace, Karam, Kässmann Laut einer Medienmitteilung von Religions for Peace wurde Azza Karam 1968 in Kairo/Ägypten geboren. Die Muslimin ist Staatsbürgerin der Niederlande und Professorin für Religion und Entwicklung an der Vrije Universität in Amsterdam. Zudem arbeitet sie aktuell für die Vereinten Nationen zu Fragen rund um Religion, Entwicklung und Demokratie. Die gebürtige Ägypterin arbeitete unter anderem als leitende Beraterin (Senior Advisor) für Kultur beim Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und als Koordinatorin einer interdisziplinären Arbeitsgruppe für Religion und Entwicklung der Vereinten Nationen, wo sie ein interreligiöses Netzwerk für Bevölkerung und Entwicklung mit über 600 religiösen Organisationen aus aller Welt koordinierte. Seit den 1990er Jahren hat sie in verschiedenen Funktionen für eine Reihe von internationalen Organisationen gearbeitet.

Margot Kässmann ins Leitungsgremium von „Religions for Peace" gewählt
Auch die deutsche Theologin Margot Kässmann, ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017 wurde in das Leitungsgremium von „Religions for Peace" gewählt. In einem Interview mit domradio.de meinte sie nach ihrer Wahl: „Die Friedensfrage ist mir seit vielen Jahrzehnten ein Herzensanliegen. Ich denke, dass Religionen jetzt dringend zum Frieden beitragen müssen, weil sie doch allzu oft benutzt werden und sich benutzen lassen, um bewaffnete Konflikte zu verschärfen."

Gemeinsame Zukunft als Ziel der 10. Weltkonferenz „Religions for Peace"

7,5 Meter hohe Skulptur im Luitpoldpark am Ufer des Bodensees in Lindau; ein hölzerner Ring in Form eines Mobiusbandes
© Christian Flemming/ringforpeace

Lindau/APD „Religion darf niemals Rechtfertigung von Hass und Gewalt sein. Kein Krieg darf geführt werden im Namen der Religion!" Mit diesen Worten begrüßte Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 10. Weltkonferenz *Religions for Peace* (Religionen für den Frieden) in Lindau. Rund 900 Delegierte aus 100 Ländern nahmen an der Tagung des weltweit größten Bündnisses von Religionsgemeinschaften vom 20.-23. August in der Inselhalle am Bodensee teil.

Etwa 800 hochrangige religiöse Führer, Jugendliche und gläubige Frauen der großen Weltreligionen wie Bahá'í, Buddhisten, Christen, Hindus, indigenen Religionen, Jain, Juden, Islam, Sikh, Zoroastri wurden von 100 Vertretern von Regierungen, zwischenstaatlichen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt, um in den vier Konferenztagen, nach Aussagen der Veranstalter, weitreichende Partnerschaften zum Wohle der Allgemeinheit aufzubauen. Das Motto der Tagung lautete: „Sorge für unsere gemeinsame Zukunft - durch Förderung des positiven Friedens".

Die Versammlung selbst sei eine Zeit multireligiösen Handelns. Religionsführer aus Konfliktzonen würden an Konfliktmediationssitzungen unter weiteren Religionsführern und anderen wichtigen Interessengruppen teilnehmen. Diese privaten Friedensgespräche hätten bei früheren Konferenzen zu sehr positiven Ergebnissen auf dem Balkan, in Westafrika, im Nahen Osten, in Sri Lanka und Indonesien geführt. Nationale interreligiöse Räte (IRCs) und Gruppen würden bewährte Praktiken austauschen, um besser gerüstet zu sein, konkrete Maßnahmen vor Ort in ihren eigenen Ländern zu ergreifen.

Die 1970 in Kyoto/Japan gegründete Versammlung *Religions for Peace* ist seit 1973 als

Nichtregierungsorganisation bei den Vereinten Nationen akkreditiert und hat ihren Sitz in New York/USA. Alle 5 - 7 Jahre organisiert die Organisation eine Weltversammlung. Bei dem diesjährigen Treffen stehen zwei konkrete Ziele auf der Agenda: Nach den Anschlägen auf Kirchen in Sri Lanka und eine Moschee in Christchurch sollen mit Hilfe einer globalen Bewegung sogenannte „Schutzringe“ um religiöse Stätten errichtet werden. Zweitens sollen die Rechte afrikanischer Frauen gestärkt und sie besser vor sexueller Gewalt geschützt werden.

Weiter will die Konferenz Friedensprozesse vorantreiben und sich für Zusammenarbeit, Menschenrechte, Klimawandel und Umweltschutz einsetzen. Am Rande der Tagung finden außerdem Gespräche zwischen Konfliktparteien aus Myanmar, Bangladesch, Nord- und Südkorea und Süd-Sudan statt.

Der Künstler Gisbert Baarmann hat aus Anlass der Weltkonferenz die 7,5 Meter hohe Skulptur „*Ring of Peace*“ (Friedensring) aus Lärchenholz im Luitpoldpark am Ufer des Bodensees geschaffen. 36 Hölzer aus aller Welt sind darin verarbeitet. Der sogenannte „Möbiusring“ steht als Symbol für den Frieden unter den Religionen, ohne oben und unten, innen und außen.

Die Bibel im Jahr 2020 erneut weltweit im Fokus

Symbolbild
© Foto: congerdesign/pixabay

Manila/APD Die *Weltweite Evangelische Allianz* (WEA) hat das Jahr 2020 zum Jahr der Bibel erklärt. Die einjährige Kampagne soll in diesem Jahr am 15. und 16. September offiziell im neu errichteten „Museum of the Bible“ in Washington D.C./USA

eröffnet werden. Laut einer Meldung der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) sei es das Ziel, „dass evangelikale Christen mehr in der Bibel lesen, über sie nachdenken, Übersetzungen fördern und dafür sorgen, dass Menschen in allen Lebensbereichen sich mit der Heiligen Schrift befassen."

In seiner Ansprache an die Tausenden, die beim „Jesus Global Youth Day" (Globaler Jesus Jugendtag) vom 8. bis 10. August in der philippinischen Hauptstadt Manila versammelt waren, hob Bischof Efraim Tendero die beispiellose Rolle der Bibel in über tausend Jahren Weltgeschichte hervor. „Weist auf die Bibel und den Schöpfer hin, dessen Wort wahr, rechtschaffen und für immer gültig ist", ermutigte der Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) die jungen Christen.

Einjährige Initiative startet im September 2019

„Wir werden die Bedeutung der Bibel als dauerhafte Grundlage für die Förderung von Einheit, Freiheit, Entwicklung und Lebensqualität heute und in den kommenden Jahren hervorheben", so Tendero.

Die einjährige Initiative wird von Werken wie „Wycliffe", „Jugend mit einer Mission", „CVJM" und „Call2All" unterstützt. Anschließend wird damit gerechnet, dass Allianzen in den Mitgliedsländern nationale Initiativen starten. In seinem letzten Abschlussbericht als Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) hatte sich Hartmut Steeb anlässlich der 56. Hauptversammlung der DEA bereits im März für ein neues Jahr der Bibel ausgesprochen: „Ich würde mich sehr freuen, wenn noch einmal ein Jahr der Bibel mit einer … breiten Trägerschaft möglich würde."

Wort Gottes lebenslange Verpflichtung

„Das globale Jahr der Bibel 2020 wird ein Jahr lang einen Schwerpunkt setzen; es zielt jedoch darauf ab, die Grundlage für eine lebenslange Verpflichtung zu stärken, nach dem wahren und dauerhaften Wort Gottes zu leben", schreibt die WEA dazu. Als Motto für das Bibeljahr sei ein Bibelvers aus Psalm 119 Vers 160 ausgewählt: „Die Summe deines Wortes ist Wahrheit, und jedes Urteil deiner Gerechtigkeit währt ewig".

In einem Rundschreiben listet die WEA die Ziele dieses Bibeljahres auf:

- zunehmendes und reflektierendes Lesen der Bibel durch Einzelpersonen und Gemeinschaften auf der ganzen Welt;
- Übersetzung, Veröffentlichung und Verbreitung der Bibel in so vielen Sprachen, wie sie benötigt wird;
- Menschen, insbesondere der jüngeren Generation, sollen in allen Lebensbereichen Ressourcen bereitgestellt werden, die eine bessere Auseinandersetzung mit der Bibel ermöglichen.

In Deutschland gab es 1992 mit „Jahr mit der Bibel" und 2003 mit „Jahr der Bibel 2003" ähnliche Initiativen mit Fokus auf das Bibelbuch. Mit der WEA sind nach eigenen Angaben etwa 600 Millionen evangelikale Christen verbunden.

MEDIEN

Medienzentren kooperieren bei internationalem Projekt zum Thema „Unsicherheit"

Adrian Dure, Gesamtkoordinator des neuen internationalen Cross-Media-Projekts „Uncertainty", fasst die zweitägige Sitzung zusammen, zu der adventistische Medienfachleute zu Brainstorming und Strategieplanung eingeladen waren
© Keila Trejo/IAD

Miami, Florida/USA/APD Medienfachleute der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten aus der ganzen Welt trafen sich Anfang Juli, um an einem internationalen cross-medialen Projekt mit dem Titel „Unsicherheit (Uncertainty)"zu arbeiten. Die etwa ein Dutzend Vertreter der adventistischen Medienzentren verbrachten zwei Tage mit Brainstorming, Gebet und Gestaltung des Kreativprojekts am Hauptsitz der teilkontinentalen Kirchenleitung für Mittelamerika in Miami, Florida/USA.

„Uncertainty" - ein Projekt der Hoffnung
"Wir wollen Hoffnung vermitteln. Unsicherheit ist ein existentielles Thema, das heute im Leben eines jeden Menschen präsent ist, unabhängig von gedanklichen oder religiösen Überzeugungen. Wir denken, wir haben die Möglichkeit, dem Publikum zu helfen, es zu führen zu inspirieren und ihm die Bedeutung der Botschaft der Hoffnung zu zeigen, mit der wir leben", sagte Adrian Dure, Gesamtkoordinator des cross-medialen Projekts und Dokumentarfilmregisseur beim Europäischen „Medienzentrum Stimme der Hoffnung" der Freikirche in Alsbach-Hähnlein/Deutschland.

Ein cross-mediales Vorhaben
Das internationale Projekt will zeigen, wie Unsicherheit im Leben verschiedener Menschen eine Rolle spielt. Es will auch zeigen, wie man mit Unsicherheit umgeht und welches Wachstum daraus entstehen kann, so Dure. Dazu gehören verschiedene Medienprojekte wie z. B. ein interkultureller Dokumentarfilm mit Geschichten aus verschiedenen Regionen dieser Welt, ein Buch, eine Kurzfilmkampagne für Soziale Medien sowie zwei spezielle und exklusive Produktionen aus Nord- und Südamerika. Alle diese Projekte werden mit biblischen Prinzipien verknüpft sein, sagte Dure. Zu

wissen, dass wir „nicht alleine sind in dieser Welt“, sei ebenso ein biblisches Prinzip, das in dem Projekt hervorgehoben werde.

Ein weiterer Projektbeteiligter, Abel Márquez aus Mexiko, meint: "Wir sind gespannt, wie die technische und kreative Seite in diesem Projekt zusammenkommen wird. Wichtiger jedoch ist, dass die Botschaft des Films für viele unterschiedliche Menschen zugänglich wird.“

Präsentation im Frühjahr 2020 geplant
Bei dem achtmonatigen internationalen Cross-Media-Vorhaben produzieren mehrere Medienzentren Geschichten, die den Film bereichern, so Dure. Das Projekt wird voraussichtlich im März 2020 abgeschlossen sein, rechtzeitig vor der nächsten Konferenz europäischer, adventistischer Medienschaffender (GAIN) im April 2020 in Bukarest/Rumänien.

Bilder des Treffens hier.

REZENSION

Hans Michael Heinig, *Säkularer Staat - viele Religionen: Religionspolitische Herausforderungen der Gegenwart*

Hamburg: Kreuz Verlag 2018, 144 Seiten, gebunden, 14,00 EUR, ISBN: 978-3-946905-53-0

Der Band des Rechtswissenschaftlers Professor Dr. Hans Michael Heinig vereint unterschiedliche Beiträge zu aktuellen religionspolitischen Herausforderungen in der Bundesrepublik, die als Vorfassungen bereits in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht und teilweise überarbeitet, aktualisiert und erweitert wurden. Das bringt es mit sich, dass sich hier und da auch Redundanzen ergeben. Heinig ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Kirchenrecht und Staatskirchenrecht an der Georg-August-Universität Göttingen sowie Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland. So erstaunt es nicht, dass die Perspektive des Autors von einer evangelisch-landeskirchlichen Warte aus erfolgt.

Die Beiträge zeichnen sich durch eine dem Autor eigene Sprachkraft aus: Heinig gelingt es, rechtlich abstrakte Sachverhalte kompakt darzustellen und sie beispielhaft auf praktische religionspolitische Herausforderungen anzuwenden. Diese hohe Verdichtung mag manche Leser abschrecken; das Buch richtet sich jedoch nach eigenen Angaben „an allgemein interessierte Leserinnen und Leser“ (S. 9). Die 15 Kapitel sind den Teilüberschriften „Religionspolitische Ordnung“, „Toleranz und Religionskritik“, „Protestantismus“ sowie „Islam im freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat“ untergeordnet.

Religionspolitische Ordnung

Dem Leser wird bei der Lektüre dieses ersten und umfassenden Abschnitts (Kap. 1-6) schnell deutlich, dass das religionspolitische Modell der Bundesrepublik dafür ausgelegt ist, einen Mittelweg zwischen Staatskirchentum und Laizismus zu gehen. Die Bevorzugung und Privilegierung einer Religion soll ebenso vermieden werden wie die Zurückdrängung des Religiösen in die Privatsphäre. Der Staat soll als weltanschaulich neutraler Akteur den Rahmen vorgeben und Handlungsspielräume eröffnen, welche die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften dann im Rahmen der Gesetze ausfüllen können.

Heinig führt seine Leser zunächst in die „vieldeutige Ordnungsidee der religiös-weltanschaulichen Neutralität“ (Kap. 1) ein, beleuchtet Konsequenzen für die Kirchen (Kap. 2) und widmet sich der Zukunft des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen (Kap. 3). Neben der Frage, wie Hochschulen mit religiöser Diversität umgehen sollen (Kap. 4), legt der Autor eine gut begründete Kritik des Grundsatzpapiers zur Religionspolitik von Bündnis 90/Die Grünen (Kap. 5) sowie von religionspolitischen Positionen der AfD (Kap. 6) vor.

Toleranz und Religionskritik

Der nächste Abschnitt umfasst lediglich zwei Kapitel. Heinig zeigt in Kapitel 7 den Zusammenhang von Toleranz und Religionsfreiheit auf. Während letztere ein grundgesetzlich verankertes Recht ist, bezeichnet erstere „ein verfassungsrechtlich anerkanntes soziales Gut, als Teil eines bürgerschaftlichen Ethos, das es staatlicherseits zu fördern und zu schützen gilt“ (S. 76). Inwieweit gläubige Menschen „Religionsbeschimpfungen“ erdulden müssen, ist das Thema von Kapitel 8. Heinig legt dar, dass es unserer Freiheitsordnung widersprechen würde, „wenn Religionsangehörige es in der Hand hätten, mittels Steigerung ihres Empörungsgrades bis hin zur Gewaltbereitschaft ihre Kritiker einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen“ (S. 80). Daher hat § 166 Strafgesetzbuch für Heinig eher symbolische Bedeutung.

Protestantismus

Der evangelisch-landeskirchlichen Verwurzelung des Autors ist die eingeschränkte Perspektive von Kapitel 9 geschuldet, das eine Verhältnisbestimmung des Protestantismus in der deutschen Demokratie vornimmt. Dass der Begriff „Protestantismus“ nicht nur die Konfessionsfamilien der Lutheraner und Reformierten umfasst, kommt leider überhaupt nicht in den Blick. Kapitel 10 lässt sich als Plädoyer für den sogenannten „Dritten Weg“ lesen, es geht um die spannungsreiche Frage nach Arbeitnehmerrechten in kirchlichen Einrichtungen. Bewusst als „Polemik“ ausgewiesen ist die nach Meinung des Rezensenten sachgemäße Kritik am Evangelischen Kirchentag (Kapitel 11).

Islam im freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat

Den in der Öffentlichkeit wohl am intensivsten diskutierten religionspolitischen Herausforderungen widmet Heinig im letzten Abschnitt des Buches insgesamt vier Kapitel. In Kapitel 12 geht es um die Frage der religiösen Symbole und Kleidung in der Öffentlichkeit. Heinig bringt eigene Anfragen in die Debatte ein, bezieht aber nach Einschätzung des Rezensenten selbst keine klare Position. Die Frage, ob der Staat vertragliche Vereinbarungen mit muslimischen Verbänden schließen soll, wird von ihm dagegen positiv beantwortet (Kap. 13).

Ein „Islamgesetz nach österreichischem Vorbild“ lehnt der Autor vehement ab (Kap. 14). Die bisher vorhandenen rechtlichen Grundlagen, um gegen religiös-militanten Extremismus vorzugehen, reichten aus, es fehle „häufiger am Willen und den Mitteln, diese effektiv zu vollziehen“ (S. 125). Bei der Frage, ob ein islamischer Feiertag in der Bundesrepublik eingeführt werden soll (Kap. 15), plädiert Heinig dafür, nicht das singulär religiöse, sondern „das Allgemeine“ in den Vordergrund zu stellen: „Feiertage sind Gegenstand der Identitätspolitik einer politischen Gemeinschaft“ (S. 132).

Offen blieb für den Rezensenten unter anderem die wichtige Frage nach einem angemessenen Umgang mit dem politischen Islam (Stichwort „Scharia“). Der juristisch zwar richtige, doch lapidar dahingeworfene Satz „Weder Scharia noch Kirchenasyl gehen dem staatlichen Recht vor“ (S. 124) wird der Komplexität aktueller Herausforderungen weder theoretisch noch praktisch gerecht.

Fazit

Seinem Ziel, religionspolitische Orientierung angesichts von „Herausforderungen der Gegenwart“ in der Bundesrepublik Deutschland bereitzustellen, kommt das Buch von Hans Michael Heinig in knapper Form nach. Natürlich können in einem schmalen Band nicht alle aktuellen Problemstellungen abgehandelt werden. Hier könnten die „Hinweise auf weiterführende Literatur“ (S. 136) wertvolle Anregungen geben. Als Einstieg für Leser, die sich bisher wenig mit deutscher Religionspolitik und deutschem Religionsrecht beschäftigt haben, sei das Buch allerdings empfohlen.

Jens-Oliver Mohr

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein

Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Stephan G. Brass (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend)
Claudia Mohr, Jens-Oliver Mohr

Erscheinungsweise: monatlich

Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel
Telefon +41-79-225 95 11
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)

Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)

„Adventisten heute", Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Thomas Lobitz (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: www.apd.info

Facebook: APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland

Twitter: @apd_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD". Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 21 Millionen erwachsene Mitglieder in mehr als 200 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 555 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.